keit der neuen Formation und die bisher gemachten Erfahrungen noch gar nicht vorliegen.

* **Posen**, 9. December. Eine Wahl und keine Wahl könnte man die Stadtverordneten-Stichwahl nennen, welche am nächsten Donnerstag hier im ersten Bezirk der dritten Abtheilung stattfinden wird. Der Candidat, der beim ersten Wahlgange relativ die meisten Stimmen erhalten hat, ein ohne sein Wissen eigens für den Durchfall präparirter Candidat, hat dem Wahlcomité der freisinnigen Volkspartei zu Liebe zu Gunsten des Candidaten der polnischen Hofpartei seine Candidatur zurückziehen müssen; so ist denn für die deutschen Wähler ein vacuum entstanden. Da jenes Comité von der Versendung von Wahlzetteln Abstand zu nehmen beschlossen hat, so werden die 900 deutschen Wähler des Bezirks in ihrer Noth- und Directionslosigkeit der Wahl fern bleiben und nur aus diesem Grunde einer von den Candidaten der beiden einander erbittert bekämpfenden polnischen Parteien, die kaum über 600 Stimmen verfügen, der Vertreter des Bezirks in der Stadtverordnetenversammlung werden. Vermuthlich werden die guten Deutschen, da ihr gemeinsamer Candidat hors de concours gestellt ist, sogar dem Hofparteiler gegen die als Umsturzler verschrienen polnischen Volksparteiler zum Siege verhelfen. Bei der Hauptwahl haben wenigstens nicht weniger als 99 Deutsche vereint mit zahlreichen Klerikern dem Candidaten der Hofpartei im Bezirk der Dominikanerinsel zum Siege verholfen. Aber möchte bestreiten, daß unsere freisinnige Volkspartei wohl ist? Weil die Polen bei den vorjährigen Landtagswahlen in Posen Land-Obornik, einem Angehörigen dieser Fraction zum Siege verhalfen, erhielten sie nicht nur das andere Mandat dieses Bezirks, sondern auch das des Wahlkreises Gnesen-Witkowo, wo bei Stimmengleichheit der deutschen und der polnischen Wahlmänner schon die notorische Abcommandirung eines einzigen deutsch-freisinnigen Wahlmannes genügte, um dem polnischen Propst Wartenberg den Sieg in die Hand zu spielen. Und jetzt gar noch zwei polnische Stadtverordnete in Posen! Der eine von der ersten Abtheilung gewählt, wo etwa 15 polnische Stimmberechtigte 150 Deutschen gegenüberstehen, und der andere der Erwählte eines Bezirks der dritten Abtheilung, der trotz der fortschreitenden Polonisirung der Stadt Posen doch überwiegend deutsch ist. Kann man es den Polen übelnehmen, daß sie so lucrative Compromisse ganz gern abschließen? Es ist indeß zu hoffen, daß die deutschfreisinnigen Wähler ihren Parteileitern, wenn auch nicht diesmal, einen energischen Strich durch die Concept machen werden. Das deutsche Gefühl passirt auch in diesem Theile unserer deutschen Bevölkerung sehr lebhaft, und die Entrüstung darüber, dupirt und das blinde Werkzeug für raffinirte Machenschaften zu sein, ist nicht gering. (Berl. N. N.)

* **Hannover**, 10. December. (Telegramm.) Der Kaiser ist heute Nachmittag 4 Uhr 20 Minuten hier eingetroffen und hat sich unmittelbar nach dem königlichen Schlosse begeben.

* **Bochum**, 8. December. Der halbjährige Cassenbericht des Verbandes deutscher Berg- und Hüttenarbeiter weist in der Einnahme 10 218 ℳ, in der Ausgabe 11 769 ℳ auf. Das Deficit beträgt demnach 1551 ℳ (F. Z.)

* **Barmen**, 10. December. (Telegramm.) Eine Versammlung wissenschaftlicher Lehrer Rheinlands und Westfalens beschloß die Bildung eines gemeinsamen Verbandes, der die Anerkennung der höheren Mädchenschulen als höhere Unterrichtsanstalten, sowie der Gleichstellung der wissenschaftlichen Lehrer an den höheren Mädchenschulen mit den Oberlehrern an den höheren Knabenschulen im Rang, Titel und Gehalt herbeiführen soll.

* **Weimar**, 9. December. Der hiesige nationalliberale Verein nahm nach einem Vortrag des Landtagsabgeordneten Döllstädt folgende Resolution an:

„Die oft beklagte Theilnahmlosigkeit der Wähler bei den Landtagswahlen wird nur dann einer regeren Betheiligung weichen, wenn das Landtagswahlgesetz den seit seiner Einführung thatsächlich eingetretenen Veränderungen entsprechend umgestaltet, besonders aber auch für die allgemeinen Wahlen so, wie es schon der Regierungsantrag von 1874 wollte, das directe Wahlrecht eingeführt wird."

Diese Resolution wird demnächst dem Landtag vorgelegt werden.

* **Mainz**, 9. December. In der von der Centrumspartei des Wahlkreises Mainz-Oppenheim einberufenen Versammlung sprachen Fabrikant Wiese-Werden über die Socialpolitik des Centrums, unter scharfer Verurtheilung der Socialdemokratie, Reichstagsabgeordneter Schädler über die politische Lage. Letzterer erklärte nach der „Köln. Ztg.": Das Centrum stelle sich zum neuesten Curs ohne Haß und ohne Liebe; es lehne die Umsturzvorlage in der gegenwärtigen Fassung ab.

* **Bayreuth**, 10. December. (Telegramm.) Der frühere Reichstagsabgeordnete Papellier ist heute Vormittag gestorben.

Oesterreich-Ungarn.

* **Wien**, 10. December. (Telegramm.) Der Fürst von Montenegro ist heute früh aus Nizza hier eingetroffen.

* Nach Abschluß der diesjährigen Schulanmeldungen in **Prag** ist der Schülerstand an den deutschen Schulen folgender: Für die deutschen Volks- und Bürgerschulen wurden 6340 Kinder, nämlich 2967 Knaben und 3983 Mädchen, angemeldet. Auf die öffentlichen Schulen kommen 3347, auf die deutschen Privatschulen 2993 Kinder. Hieraus wird ersichtlich, daß die Unzulänglichkeit der öffentlichen deutschen Schulen die Kinder in die Privatschulen treibt. Gegen das Vorjahr hat der Besuch deutscher Schulen um 148, gegen das Schuljahr 1892—93 um 275 Kinder abgenommen. Die tschechischen Schulen haben gegen das Vorjahr einen Zuwachs von 825 Kindern aufzuweisen. Das deutsche Schulwesen in Prag ist also im Rückgange begriffen, Dank der tschechischen Stadtverwaltung, welche mit allen Mitteln die deutschen Schulen niederdrückt — giebt es doch deutsche Schulclassen mit mehr als 100 Kindern —, ohne daß sie von der Oberaufsicht des Staates daran gehindert wird.

* **Pest**, 10. December. (Telegramm.) In der Rede, mit welcher der Referent Hegedues gestern Abend in der Conferenz der liberalen Partei die Annahme der Indemnitätsvorlage empfahl, führte derselbe aus, die Kreise der Opposition betrachteten die Abstimmung über die Vorlage als eine Vertrauensfrage; es wäre somit auch Pflicht der Majorität, ihrem Vertrauen zu der Regierung in vollem Maße Ausdruck zu geben. Diese Regierung bestände aus solchen Arbeitskräften, welche jedem Parlamente zur Ehre gereichen würden. Die Regierung hätte in verhältnißmäßig kurzer Zeit derartige Resultate aufzuweisen und wäre so zweifellos vorgegangen, daß die liberale Partei nur zu einem Schlusse gelangen könnte, nämlich dem, volles Vertrauen zu ihr zu hegen und diesem Vertrauen bei jeder Gelegenheit Ausdruck zu verleihen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Indemnitätsvorlage wurde schließlich (wie gemeldet) einstimmig angenommen.

* **Pest**, 10. December. (Telegr.) Abgeordnetenhaus. Vor dem Hause hat sich eine größere Menschenmenge angesammelt, die in ruhiger Haltung verharrt. Der Sitzungssaal und die Tribünen sind stark gefüllt. Auf der Tagesordnung steht das dreimonatige Budgetprovisorium. Der Referent Hegedues empfiehlt die Annahme desselben im Interesse der ununterbrochenen Fortführung der Regierungsgeschäfte. Helfy will die Ertheilung der Ermächtigung verweigern und wirft der Regierung taktische Fehler bei der kirchenpolitischen Action vor. Redner klagt über freiheitsfeindliche Unterströmungen in Wien, fragt, wer das Hinderniß der Action bilde und beantragt, das Haus möge erklären, es bringe der Regierung kein Vertrauen entgegen und lehne die verlangte Ermächtigung ab. (Lebhafter Beifall links.) Horanszky (Nationalpartei) erklärt, einer ein bloßes Scheinleben führenden Regierung keine Ermächtigung zu ertheilen. Die gegenwärtige Lage compromittire die Regierung und die ganze Nation. Pechy (Secessionist) kann der Regierung kein Vertrauen entgegenbringen. Der gegenwärtige Kampf gegen den Minister des Auswärtigen zeige, daß der Frieden zwischen den verschiedenen Factoren der Staatsgewalt gestört sei. Der Ministerpräsident Dr. Wekerle erklärt, die Indemnitätsvorlage involvire keine Vertrauensfrage, gleichwohl gehe er auf letztere ein. Die Lösung der kirchenpolitischen Fragen habe sich nirgends ohne schweren Kampf vollzogen. Redner rechtfertigt die Taktik der Regierung in der kirchenpolitischen Angelegenheit. — Sich im Voraus die Sanction der kirchenpolitischen Gesetze zu sichern, wäre eine Beschränkung der Rechte der Krone gewesen. Als sich die Angelegenheit verzögerte, sei er mit nachdrücklichen Bitten aufgetreten, und zwar mit Erfolg, denn die Vorlagen waren, mit der Sanction versehen, bereits eingetroffen. (Stürmische Eljenrufe und Beifall im Hause und auf den Galerien. Die Liberalen erheben sich mit Eljenrufen von den Sitzen.) Der Ministerpräsident fährt fort: Auch die grundlose Beunruhigung einer unbefugten Einflußnahme des Ministers des Auswärtigen Grafen Kalnoky müsse jetzt verstummen. Graf Kalnoky habe eine unbefugte Einmischung nie unternommen und nie versucht. Niemand könne voraussetzen, daß irgend ein ernster politischer Factor sich auf das unfruchtbare Experiment einlassen werde, in Ungarn bei der herrschenden liberalen Richtung entgegengesetzte Politik einzuleiten. Kein ernster Factor im Hause würde ein derartiges Vorgehen unterstützen (Eljenrufe). Eine weitere Garantie biete die öffentliche Meinung, die unverbrüchlich für die liberalen Ideen einstehe (Eljenrufe rechts und auf der äußersten Linken). „Wir werden, ob hier sitzend oder nicht, stets dieser Richtung dienen (stürmische Eljenrufe). Sollte ich diesen Platz verlassen, so werde ich trachten, daß der Sturz ein parlamentarischer sein wird. (Beifall.) Der Zeitpunct für die Aufwerfung der Vertrauensfrage nach oben bleibe mir überlassen. Da die Majorität des Hauses uns Vertrauen entgegenbringt, ist eine Vertrauensfrage hier überflüssig." (Stürmische Eljenrufe rechts.)

Frankreich.

* **Paris**, 10. December. (Telegramm.) Unter den Beileidskundgebungen, welche die Gräfin Lesseps erhielt, befindet sich folgende (schon kurz erwähnte) Depesche Kaiser Wilhelm's I.: „Durch den Draht erfahre ich den schmerzlichen Verlust, den Sie erlitten haben. Die ganze Welt des Geistes und der Wissenschaft weint mit Ihnen am Grabe eines der größten Geister weltumfassenden Genies. Ich bitte Sie, zu glauben, daß all' unsere Sympathie in diesem Augenblicke mit Ihnen und Ihrer Familie ist." Die Gräfin Lesseps antwortete mit einem Danktelegramme. (Voss. Ztg.)

* **Paris**, 10. December, (Telegramm.) Aus Anlaß eines Aufsatzes des Nizzaer „Pensiero" über den Fall Romani fordern mehrere Blätter ein Gesetz, welches der Regierung gestatte, fremdsprachige Blätter in Frankreich durch einfache Polizeiverordnung zu unterdrücken. (Voss. Ztg.)

Italien.

* **Rom**, 10. December. (Telegramm.) Der Sonderberichterstatter der „Tribuna" meldet am 18. November d. J. aus **Kassala** auf Grund von Berichten der Kundschafter und Ueberläufer, daß die Mahdisten die Wiedereroberung Kassalas planen, wozu drei Corps bestimmt sind, die schon aus Gebarej und Omduvoman am Atbara-Flusse anlangten. Major Turito, Commandant von Kassala, unternahm deshalb am 17. November einen Aufklärungsmarsch mit 550 Mann und 2 Geschützen. 30 km von Kassala wurde der äußere Posten der Colonne, welcher die heißesten Tagesstunden über im Schatten eines Gehölzes ausruhen wollte, durch 50 Derwische überfallen, welche aber nach kurzem Kampfe zurückgeworfen wurden. Die Colonne, welche keine Verluste hatte, gab den Weitermarsch auf, weil die Nähe größerer feindlicher Streitkräfte nahezu gewiß war. Die Nachricht erregt hier Aufsehen, da die Erklärungen des Ministers des Auswärtigen, Baron Blanc's, in der Kammer den Vorfall verschwiegen haben. (Voss. Ztg.)

* **Rom**, 10. December. (Telegramm.) Deputirtenkammer. Der Schatzminister Sonnino theilte heute in seinem Finanzexposé mit, daß die zur Herstellung des Gleichgewichts im Budget für 1895/96 erforderliche Summe nun 79 740 000 beträgt. Zur Beischaffung derselben sind Ersparnisse in Höhe von 53 000 000 Lire und Steuervermehrungen in Höhe von 27 000 000 Lire vorgesehen, so daß das Gleichgewicht ohne eine neue Emission vollständig gesichert ist. Bezüglich der Emissionsbanken kündigte der Minister eine Reihe von Maßnahmen an, um die Banken bei ihren Liquidationen und Immobilisationen zu unterstützen. Ferner legte Sonnino ein zwischen dem Schatzminister und der Banca d'Italia abgeschlossenes Abkommen vor, nach welchem letztere die Liquidation der Banca Romana zu ihren Lasten übernimmt, während ihr dafür der Dienst für den Staatsschatz anvertraut wird.

Rußland.

* **Petersburg**, 10. December. (Telegramm.) Eine außerordentliche Gesandtschaft des Schahs von Persien trifft demnächst mit kostbaren Geschenken für den Zaren hier ein. Der Dampfer „Cäsarewitsch" bringt sie nach Petrow, wo sie ein Sonderzug erwartet. (B. L.-A.)

* **Berlin**, 10. December. (Telegramm.) Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Petersburg, es sei nun sicher, daß Gurko in den Ruhestand tritt und durch den Botschafter Schuwalow ersetzt wird. Der Grund des Rücktritts Gurko's sei der ungemein kühle Empfang in Petersburg. Gurko's schroffes Auftreten gegenüber den Polen, besonders das ungesetzliche Verbot, die Kundgebung des Zaren in polnischer Uebersetzung den Polen zugängig zu machen, habe den Zaren peinlichst berührt. (Wiederholt.)

* **Warschau**, 10. December. (Telegramm.) Der Gesundheitszustand des Generals Gurko soll in neuerer Zeit wieder nicht ganz befriedigend sein. (!) Man spricht davon, daß der General, als er in Petersburg zur Beisetzung war, körperlich sehr hinfällig gewesen sei und die Absicht gehabt hätte, schon damals direct von Petersburg zur ärztlichen Consultation nach Berlin zu reisen und dann an die Riviera zu gehen. Damit dürften die andauernden Gerüchte über den Rücktritt des Generals Gurko in Verbindung zu bringen sein.

* Die große Befriedigung, ja, man könnte fast sagen stolze Empfindung, welche das officiöse „Journal de St. Pétersbourg" dieser Tage über das gewaltige Wiedererwachsen des russischen Credits geäußert hat, wird nicht von der gesammten russischen Presse getheilt, und es fehlt in deren kritischen Bemerkungen auch nicht an Seitenhieben gegen Frankreich, dessen Freundschaft Rußland von dem allgemeinen internationalen Credit und dessen Bedingungen nicht unabhängig gemacht habe. So schreibt z. B. die „Russkaja Schnn", nachdem sie ausgeführt, daß statt einer auswärtigen eine innere Anleihe am Platz gewesen wäre:

„Wenn wir auch für die neue Anleihe sehr geringe Procente zahlen, so müssen wir hierbei doch an das Schicksal der dreiprocentigen Goldanleihe erinnern, welche wir mit Frankreich abzuschließen gedachten. Der Abschluß mißlang, und es gelang erst in letzter Zeit, dieselbe anderweitig zu realisiren. Das halbe Procent mehr dürfte die Anlage der neuen Anleihe kaum verbessern, obgleich es keinem Zweifel unterliegt, daß unser Geldmarkt jetzt bedeutend bessere Bedingungen aufweisen kann, als im Frühjahr 1891, wo wir die Hoffnung hegten, auf Grund unserer Freundschaft zu einem anderen Volke eine dreiprocentige Anleihe abschließen zu können. Jetzt aber liegt der Schwerpunct darin, daß fast alle europäischen Staaten, von Japan und China schon gar nicht zu reden, Anleiheprojecte angekündigt haben und zum Ende des Jahres starke Anforderungen an den Geldmarkt herantreten dürften. Die Anleihen der verschiedenen Staaten werden miteinander in scharfe Concurrenz treten, und unsere neue Anleihe dürfte leicht in den Strudel einer Börsenspeculation hineingezogen werden. Daß sie aus diesem Strudel herauskomme, wünschen wir von ganzem Herzen." (Nat.-Ztg.)

Asien.

* **London**, 10. December. (Telegramm.) Die Abendzeitungen melden aus **Shanghai**, daß ein Aufstand in Wiju ausgebrochen ist. Der neue Vicekönig ergreift strenge Maßregeln, um den Aufstand zu unterdrücken. Der englische Admiral Freemantle ist nach Wiju abgegangen. Ein amerikanisches Kriegsschiff führt ebenfalls den Fluß hinab.

* Oberstlieutenant Fukushima hat an einen ihm befreundeten Officier der Berliner Garnison aus dem Lager von **Pjöng-jang** einen Brief gerichtet. Das vom 21. October datirte Schreiben enthält u. a. folgende Stelle:

Als nahen Verwandten eines Oberstabsarztes dürfte es Sie, verehrter Kamerad, ein wenig interessiren, über das Sanitätswesen der chinesischen Armee Einiges zu erfahren. Da kann ich Ihnen nun mittheilen, daß unsere Feinde unter den 20 000 Soldaten und Officieren, die in Pjöng-jang versammelt waren, einen einzigen Arzt Dr. Yabo besaßen. Bei der Vorsicht der Chinesen für Banner und Fahnen hatte sich auch Dr. Ya-o eine solche zugelegt. In einer dunklen Vorstellung von dem Abzeichen der Genfer Convention zeigte seine Fahne auf schwarzem Grunde ein weißes Kreuz, und darunter stand in großen Buchstaben der Name des Doctors. Wie haben diese merkwürdige Fahne in Pjöng-jang vorgefunden und sie als Curiosität nach Tokio mitgeschickt, wo sie zur Erheiterung unserer Landsleute ausgestellt ist. Vermöge meiner Kenntniß der chinesischen Sprache habe ich nun in das Wirken dieses einen Arztes einen tieferen Einblick erhalten, und das war so gekommen: Unsere Krankenträger hatten von den verwundeten Feinden viel zu leiden. Während die Männer des Rothen Kreuzes die Verletzten vom Kampfplatz auflasen, schossen und hieben die Leute noch nach den Trägern. Die Unsrigen gerieten darüber in einen erklärlichen Zorn, und um Schlimmes zu verhüten, legte ich mich ins Mittel. Ich war überzeugt, daß die Leute nicht aus Schlechtigkeit, sondern aus Unwissenheit so handelten. Man hatte ihnen gesagt, wie sich herausstelle, daß die Japaner alle Gefangenen tödteten, und daß sie sich da mit aller Kraft gegen ihre Gefangennahme wehrten, war erklärlich. Ich setzte ihnen daher die Bedeutung des Abzeichens auseinander, und so ersuche ich denn auch Näheres von Dr. Ya-o. Die Gefangenen berichteten mir, daß der Herr Doctor nur die verwundeten aber kranken Soldaten besuchte, die von ihrer Löhnung ihm Honorar zahlten. Wir fanden daher bei jedem Soldaten eine Taschenapotheke vor. Diese und Dr. Ya-o also bildeten die Sanitätscolonnen der chinesischen Armee.

* Nach neueren Darstellungen von englischer Seite hat sich in der armenischen Angelegenheit die Pforte darum an die Regierung zu Washington gewandt, weil von dieser, als der am wenigsten interessirten Macht, am ehesten eine durchaus sachliche, unpartheiische Behandlung derselben zu erwarten sei. Präsident Cleveland habe zuerst Bedenken getragen, sich in eine, zunächst die europäischen Großmächte berührende Frage zu mischen, aber das Zureden Englands und der Pforte selbst, welche eben auf die unparteiische Stellung der Vereinigten Staaten in der brennenden Frage hinweisen, habe diese Bedenken schließlich überwunden. Cleveland habe sich zur Ernennung eines Delegirten nur deshalb verstanden, damit das Ergebniß der Untersuchung einen jedes Mißtrauen ausschließenden Charakter erhalte.

Afrika.

* **Madrid**, 29. November. Den neuesten Nachrichten zufolge soll sich die Lage bei Marakesch bedeutend verschlimmert haben. Die Wege nach der Küste sind abgeschnitten, und die Stadt scheint belagert zu werden. Es heißt, daß sich der Gouverneur Wilda tapfer vertheidige, daß aber zu befürchten stehe, er werde schließlich doch unterliegen. Damit würde dann Marakesch in die Hände der Aufständischen fallen, und zwar rückt diese Möglichkeit um so näher, je weiter sich die Empörung nach Süden ausbreitet. — Mord und Todtschlag sind auf beiden Seiten an der Tagesordnung. Auch bei Tanger sind in den letzten Tagen wieder drei Mauren ermordet worden; davon soll einer der Diener des Dragomans der deutschen Gesandtschaft und deutscher Schutzbefohlener, ein anderer französischer Unterthan sein. Infolgedessen hätten Deutschland sowohl wie Frankreich neue Beschwerden anhängig gemacht. Die Lage sei übrigens so, daß alle Gesandten fürchten, sich bloßzustellen, falls sie ihren Forderungen zu großen Nachdruck geben. Daher der Gedanke, eine neue Conferenz einzuberufen, um diese Dinge zu regeln. — Der Gouverneur von Tanger sandte, um den Beschwerden des brasilianischen Vertreters gerecht zu werden, einen Boten nach Wad Ras, um Näheres über die Ermordung des jüdischen Händlers zu erfahren. Doch sollen die Kabylen jede Auskunft verweigern, so daß der Mann wahrscheinlich unverrichteter Dinge wird zurückkehren müssen. — ein neuer Beweis für den Zustand, in dem sich die Gemüther befinden.

Reichstag.

* **Berlin**, 9. December. Die nationalliberalen Abgeordneten Dr. Hammacher, Dr. Osann, Dr. Paasche und Dr. Ernecerus haben, wie bereits in Kürze mitgetheilt, im Reichstag einen Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften und den Geschäftsbetrieb der Consumanstalten, eingebracht. Der Entwurf lautet:

Artikel I. Der §. 8 des Gesetzes, betreffend die Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften, vom 1. Mai 1889 erhält als Absatz 5, 6 und 7 folgende Zusätze: 5) „Die Mitglieder des Vorstandes von Consumvereinen sind verpflichtet, ihren Verkäufern die Namen der Mitglieder der betreffenden Vereine mitzutheilen und ihnen geeignete Vorschriften über die Prüfung der Legitimation der Mitglieder oder deren Vertreter bei dem Einkauf von Waaren zu geben." — 6) „Die Mitglieder von Consumvereinen dürfen von diesen entnommene Waaren nicht gegen Entgelt an Nichtmitglieder abgeben. — 7) „Consumvereine unterliegen den Bestimmungen des §. 33 der Reichsgewerbeordnung über den Betrieb der Gast- und Schankwirthschaft, sowie über den Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus auch dann, wenn der Betrieb auf den Kreis der Mitglieder beschränkt ist."

Artikel II. Hinter §. 145 des Gesetzes, betreffend die Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften, sind folgende Paragraphen einzustellen: §. 145a. Die Mitglieder des Vorstandes von Consumvereinen, welche den ihnen nach §. 8 Absatz 5 zustehenden Verpflichtungen nicht nachkommen und nach wiederholter Aufforderung die dort geforderten Vorschriften nicht erlassen, können dazu von dem zuständigen Gerichte durch Ordnungsstrafen von 20—600 ℳ angehalten werden. §. 145b. Personen, welche in Consumvereinen mit dem Verkauf von Waaren beauftragt sind, werden, wenn sie der Vorschrift des §. 8 Absatz 4 zweiter Waaren ohne Berücksichtigung der Vorschriften des Vorstandes an Andere als an Mitglieder oder deren Vertreter verkaufen, mit Geldstrafe bis zu 150 ℳ bestraft. Derselben Strafe verfallen Mitglieder von Consumvereinen, welche entgegen den Bestimmungen des §. 8 Absatz 6 an Nichtmitglieder gewohnheitsmäßig oder gewerbsmäßig Waaren, die sie aus den Consumvereinen bezogen haben, gegen Entgelt abgeben.

Artikel III. Alle Consumanstalten, welche von Unternehmern zum Vortheile der von ihnen beschäftigten Arbeiter und Beamten ins Leben gerufen sind, sowie alle Gesellschaften und Corporationen, deren eigentlicher Geschäftszweck es ist, ihren Mitgliedern in dem Bezug von Waaren des Gebrauches und des Verbrauches wirthschaftliche Vortheile zu verschaffen, dürfen ebenso wie die Consumvereine, die auf Grund des Gesetzes, betreffend die Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften, errichtet sind, im regelmäßigen Geschäftsverkehr Waaren nur an solche Personen verkaufen, welche Mitglieder sind, beziehungsweise dem Kreise Derer angehören, für welche die obigen Einrichtungen bestimmt sind.

Artikel IV. Die Bestimmungen und Vorschriften des §. 8 Absatz 5, 6 und 7 und der §§. 145a und 145b des Gesetzes finden auf die Eigenthümer, Vorstände, Verkäufer und Mitglieder der in dem Artikel III dieses Gesetzes erwähnten Consumanstalten sinngemäße Anwendung.

— Im Etat des Reichsamts des Innern sind für 1895/96 als Zuschuß des Reiches zu den Alters- und Invalidenrenten 15 312 500 ℳ (gegen 13 900 000 ℳ im Vorjahre) ausgeworfen. Nach den Mittheilungen der Versicherungsanstalten über die Zahl der bewilligten Renten, sowie nach den Ergebnissen der neuerdings im Rechnungsbureau vorgenommenen Zusammenstellungen ist anzunehmen, daß am 1. Januar 1895 ein Bestand von rund **183 400** Altersrenten und **75 300** Invalidenrenten vorhanden sein wird; im Laufe des Jahres 1895 werden etwa 30 000 Altersrenten und 45 000 Invalidenrenten hinzutreten und voraussichtlich 18 300 Alters- und 14 500 Invalidenrenten in Wegfall kommen. Wenn man, wie im Vorjahre, für den Zugang an Altersrenten den vollen Reichszuschuß, für den Zugang an Invalidenrenten ⅔ desselben und endlich für die in Wegfall kommenden Renten die Hälfte in Anlag bringt, so wird sich der Zuschuß des Reiches zu den Altersrenten auf 10 212 500 ℳ, zu den Invalidenrenten auf 5 090 000 ℳ stellen. Die Belastung des Reiches aus den auf die Dauer militärischer Dienstleistungen entfallenden Rentenantheilen fällt nicht wesentlich ins Gewicht. Nach den bisherigen Erfahrungen werden 10 000 ℳ auch im Jahre 1895 nicht überschritten werden.

Gemeinnützige Gesellschaft.

id. **Leipzig**, 8. December. Die gestern Abend im Saale des Vereins für Volkswohl veranstaltete Zusammenkunft der „Gemeinnützigen Gesellschaft" galt dem Andenken des großen Schwedenkönigs. Herr Handelskammersecretair Dr. Sensel eröffnete die auch von Damen gut besuchte Versammlung mit herzlichen Begrüßungsworten. Der Vorstand habe, so bemerkte er weiter, anfänglich gewisse Bedenken getragen, ob in der „Gemeinnützigen Gesellschaft", deren Mitglieder den verschiedensten Glaubensbekenntnissen angehören, ein Vortrag über Gustav Adolf am Platze sei. Aber gerade von katholischen Mitgliedern sei ihm mitgetheilt worden, daß sie hierin keinerlei Verletzung ihres religiösen Gefühls erblicken könnten. Die Persönlichkeit des Vortragenden gebe zudem eine weitere Gewähr dafür, daß die Bedeutung des Tages in vorurtheilsfreier Weise gewürdigt würde.

Herr Dr. Sturmhoefel nahm hierauf das Wort zu dem Vortrage: Die Berechtigung des deutschen Volkes zu einer Gustav-Adolf-Feier. Die trefflichen Ausführungen des Redners, der es meisterhaft verstand, die Gründe, welche den Schwedenkönig zu seinem Zuge nach Deutschland veranlaßten, klar und fesselnd darzulegen, können wir an dieser Stelle nur in knappen Andeutungen wiedergeben. Jedenfalls können wir unser Urtheil dahin zusammenfassen, daß die Behandlung des Themas durch Herrn Dr. Sturmhoefel eine meisterhafte war.

Der Genannte bemerkte zunächst in Bezug auf die Bedeutung der Feier, daß er einer politischen Auffassung vor der confessionellen den Vorzug gebe. Die erstere sei der neutrale Boden, auf dem sich alle Deutschen vereinen könnten, denn für die Entwickelung Deutschlands sei das Auftreten Gustav Adolf's von größter Bedeutung gewesen. Um das zu würdigen, müsse man sich die damaligen politischen Verhältnisse ins Gedächtniß zurückrufen. Das Haus Habsburg war zu Anfang des 17. Jahrhunderts zu einem gewaltigen Einfluß in Deutschland gelangt. Ihm gegenüber waren die Kurfürstenthümer und vollends gar die kleinen Fürstenthümer und Reichsstädte nur von untergeordneter Macht. Zwar versuchte man von der Pfalz aus, wo die anti-habsburgischen Fäden zusammenliefen, das Uebergewicht des österreichischen Kaiserhauses zu brechen, aber der bald beginnende Glaubenskrieg trug noch zur Verstärkung dieses Uebergewichts bei. Der pfälzische Kurfürst, der die Königskrone von Böhmen angenommen hatte, wurde geschlagen und verjagt, und bald beherrschten die tüchtigen kaiserlichen Feldherren ganz Deutschland. Aber auch Schweden blieb in jener stürmischen Zeit nicht unbedroht. Es wurde versucht, dieses Land wieder zum Katholicismus zurückzuführen. Dazu sollte namentlich Sigismund von Polen, ein Abkömmling der Wasa, behilflich sein. Zur Begegnung dieser Gefahr bildeten die nordischen Mächte ein Bündniß. Aber Christian VI. von Dänemark, der zuerst ins Feld rückte, wurde völlig geschlagen. Da, als die Gefahr immer mehr stieg und Schweden sich in der damals von ihm in Anspruch genommenen Herrschaft über die Ostsee immer mehr bedroht sah, entschloß sich Gustav Adolf zu seinem Zuge nach Deutschland, um den Feind im eigenen Lande anzugreifen. Es war das ein großes Wagstück, denn auf die fast ganz ohnmächtigen protestantischen deutschen Fürsten konnte er nicht viel zählen. Aber seiner Beharrlichkeit, seinem Muthe und seiner Kriegserfahrung gelang dieses Wagstück. Er brachte der Uebermacht des Kaisers bei Breitenfeld einen empfindlichen Stoß bei, und bei Lützen besiegelte er das Ende der österreichischen Vorherrschaft.

So steht die politische Gegenwart in ideellem Zusammenhange mit dem Auftreten des Schwedenkönigs. Das deutsche Volk hat also in seiner Gesammtheit ein Recht, das Andenken an denselben zu feiern.

Zu jener Zeit, als die unbedingte Ausrottung der Ketzer vor sich gehen sollte, war Gustav Adolf, selbst ein überzeugter Lutheraner, auch ein Hort derselben. Er ist zwar nicht in den Kampf gezogen, um den Protestantismus zu retten, aber sein Auftreten ist so eng mit der Sache desselben verbunden, daß der Kampf für diesen zugleich ein solcher für die Rettung Schwedens war. Und daß die Reformation auch auf den Katholicismus wärmend und stärkend eingewirkt hat, das wird von Allen zugegeben, die auf einer höheren Warte stehen, als derjenigen eines einseitigen Confessionalismus. Auch in katholischen Ländern kann man deshalb, ohne dem religiösen Gefühl etwas zu vergeben, an einer Gustav-Adolf-Feier Antheil nehmen.

Das Erscheinen des Schwedenkönigs in Deutschland ist auch für uns eine Mahnung, immerdar einig zu bleiben. Dann wird es um die Entwickelung des Reiches gut bestellt sein. Beherzigen wir diese Mahnung also; sie wird das schönste Ergebniß einer Gustav-Adolf-Feier sein. (Allseitiger Beifall.)

Nachdem Herr Handelskammersecretair Dr. Gensel dem Vortragenden nochmals für seine treffenden Ausführungen gedankt und dem Wirthe des Locals für die sinnige Ausschmückung des Saales ebenfalls Dank gesagt hatte, endete der Abend mit einem geselligen Beisammensein.

Es sei an dieser Stelle noch ganz besonders auf die Extrabeilage von der **Leipziger Lehrmittel-Anstalt** von Dr. Oskar Schneider, Schulstraße Nr. 12, hingewiesen, die sich bei der Gesammtauflage der vorliegenden Nummer befindet. Die genannte Anstalt hat Hauptniederlage von Richter's Anker-Steinbaukasten, die als vortreffliche Weihnachtsgeschenke besonders empfohlen zu werden verdienen.

Der Gesammtauflage der vorliegenden Nummer liegt ein Prospect der **Serig'schen Buchhandlung**, Neumarkt 6, bei, auf den wir ganz besonders aufmerksam machen. Derselbe enthält neben einer Anzahl empfehlenswerther Jugendschriften zugleich andere gute Geschenkwerke für Weihnachten zu bedeutend ermäßigten Preisen.

Die Wiener medic. Wochenschrift 1894 Nr. 29 schreibt:

Das Odol-Antisepticum erfüllt den Endzweck eines Mundantisepticums so vollkommen, als von einem in Wasser unlöslichen durch den Contact wirkenden Mittel verlangt werden kann. Durch die Anwendung des Mittels in Form einer Emulsion wird ein Ueberziehen und damit ein längerer Contact aller Schleimhautpartien mit demselben erzielt. Da dasselbe auch mit allen im Munde zurückgebliebenen Speiseresten und den eventuell in cariösen Zähnen befindlichen Destritus geschieht, so können auch diese dadurch unschädlich gemacht werden. **Jedenfalls ist es das beste Mund-Antisepticum, welches mir bisher bekannt geworden ist.**

Carl Flatau,
Special-Geschäft
für feinere Havana-Cigarren.
Goethestrasse 5, am Neuen Theater.
Filiale: Lortzingstrasse 1.

Werkzeug-Fabrik Ernst Wiese, Georgenstraße 16, Fräser, Reibahlen, Gewindebohrer, Stanzen, Schnitte und Stanzen.

Chemische Untersuchung Dr. A. Röhrig, gerichtlich verpf. Sachverst., Lindenstraße 20.